

Krise – was tut die IG Metall

Sven Vaith; Ulf Wittkowski

Dass es eine tiefgehende kapitalistische Krise geben wird, war allen klar. Das Corona zur Ausrede, aber auch zur Beschleunigung wird, war so nicht vorherzusehen. Dennoch fragt man sich wieso die IG Metall es versäumt hat, und erst jetzt anfängt zu überlegen, was zu tun ist. Da ist der Vorstoß von Günther Hoffmann, die vier Tage Woche einzuführen, eher als armselig zu bezeichnen. Als wir und fortschrittliche Kräfte dies seit Jahren forderten worden sie von den Verantwortlichen abgeblockt. Die 30 Stunden Woche hätte längst angegangen werden müssen, und zwar mit vollem Lohnausgleich. Auch der GBR hat mit der Geschäftsleitung eine zwei stündige Arbeitszeitverkürzung als Krisen Bewältigung abgeschlossen. Doch wie immer auf Kosten der Lohnabhängigen, ohne Lohnausgleich.

Doch man wollte die Unternehmen nicht belasten und damit Arbeitsplätze sichern, obwohl damit auch die Misswirtschaft in den großen Unternehmen eher gefördert wurde. Statt auf Kampf zu setzen wurde auf Kungelei und Schulterschluss mit den Unternehmen gesetzt. Dies hat weder im Kampf um Arbeitsplätze noch zur Sicherheit der Arbeitsplätze beigetragen. Wie wir es z.B. auch in der Auseinandersetzung um die Nachtschichtprozente erlebt haben. Es wird nicht auf Kampf, sondern auf Unterwürfigkeit gesetzt!

Die Gewerkschaften, nicht nur die IG Metall, trauen nur noch der kapitalistischen Logik, anstatt sich an den Erfolg des Kampfes um die 35 Stundenwoche zu erinnern. Der eindeutig zu mehr Beschäftigung geführt hat! Dies ist heute noch bei der Altersstruktur der Belegschaften zu erkennen. Die 35 Stundenwoche hat aber auch gleichzeitig zu einem Aufschwung und einer Festigung der Binnenwirtschaft geführt. Aber selbst bei dem zaghaften Vorstoß zur 4 Tageweche werden die kapitalistischen Ideologen es nicht leid, ihre alten und falschen Argumente gegen diesen sinnvollen Vorschlag ins Feld zu führen.

Aber ist es wirklich alles was wir in dieser Systemkrise für unsere Arbeitsplätze tun können? Wir **alternative** meinen nein. Wir alle müssen umdenken, vor allem in der Gewerkschaft, aber auch in den Betrieben. Bisher gab es kaum wirkliche Erfolge, wenn es gegen Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau ging.

Wir müssen begreifen, dass in diesem System feste Arbeitsplätze eine Illusion sind. Betriebe kommen und gehen. Klar große Unternehmen wie z.B. Daimler, VW, Airbus etc. haben zwar eine gewisse Konstanz, aber Arbeitsplätze dauerhaft zu verteidigen führt in die Sackgasse.

Wir befeuern damit unsere Abhängigkeit vom Unternehmen. Wir bauen zunehmend unsere erkämpften Erfolge ab, wie bei der Flexibilisierung die die 35 Stundenwoche fast ausgehöhlt hat. Mit dem Ergebnis, dass wir große Unterschiede zwischen den Stammebelegschaften, die noch Arbeit haben und der zunehmenden unsicheren(prekären) Beschäftigung. Da sehen wir auch die wirkliche Niederlage unseres bisherigen Herangehens. Die unsichere Beschäftigung findet genau in den Betrieben statt in dem wir Zugeständnisse an der Stammebelegschaft gemacht haben und die Betriebe Bereiche ausgegliedert haben. Hier sind wir schwach und werden immer schwächer, da dies unsere Gemeinschaft und damit die Gewerkschaft spaltet. Wir brauchen aber eine Gewerkschaft die unsere Interessen bündelt und nicht spaltet. Daher sollte man sich auch eine mal die Satzung vornehmen. Die Gewerkschaft soll die Günstigste Lösung wählen nicht die Beste. Wohin das geführt hat liegt nun offen dar. Es wurden im Grunde die Interessen der Stammebelegschaften in den Vordergrund der Auseinandersetzung geschoben, die aber dennoch immer kleiner werden.

Deshalb müssen wir uns auf den Grundgedanken der Gewerkschaft berufen der alle Arbeiter organisiert und nicht nur die in den Großbetrieben. Dafür müsste man aber den Kampf gegen

Leiharbeit und Werkverträge führen. Den Unternehmen muss es schwerer gemacht werden, Bereiche auszugliedern. Die Leiharbeit und die Subunternehmen, z.B. im Logistikbereich, müssen in der Strategie im Kampf um die Arbeitsplätze besonders einbezogen werden. Die Bereiche, die ausgegliedert werden müssen teurer werden.

Jetzt kommt natürlich das Argument, dass die Arbeitsplätze ins Ausland abwandern. Auch hier gibt es Möglichkeiten, die Wettbewerbssituation auszugleichen. Man bedenke, dass auch wir Betriebe in anderen Ländern verdrängen. Da spielen eben auch Fragen der Produktivität, aber auch des Know hows eine gewichtige Rolle. Unsere Betriebe haben durch ihren Billigwahn auch schon viel Know how in andere Länder abgegeben. Das führt, wenn wir das weiter zulassen auf Dauer zu einem Einbruch unserer Wirtschaft unserer Arbeitsplätze. Dem entgegen zu wirken hätte auch eine positive Zukunftsprognose. Mit der Stärkung des Binnenmarktes würden wir uns auch nicht so abhängig machen und könnten souveräner agieren. Der Umweltschutz wirkt indirekt schon auf die Nutzung lokaler Erzeugnisse. Dies könnten Bausteine sein, die anders wie die bisherige Glaubensweise wie sie mit Agenda 2010 ausgewiesen wurden. Die Arbeiter zahlen die Zeche, dass die Große Wirtschaft funktioniert. Wir müssen halt klarmachen, dass wir keine Bauernopfer sind, sondern die die dafür sorgen, dass es hier im Land zu so einen großen Reichtum gekommen ist.

Sven Vaith: Ulf Wittkowski